

Verabschiedung des Integrationsplanes

Aufgrund der zahlreichen Krisenherde und Kriege in der Welt suchen auch in NRW viele Menschen Zuflucht vor Krieg und Vertreibung – allein im Jahr 2015 230.000. Schon jetzt und in den kommenden Jahren ist die Integration der Geflüchteten eine unserer zentralen Aufgaben. Dabei kann NRW als Einwanderungsland bereits auf umfassende integrationspolitische Strukturen zurückgreifen. Trotzdem wird darüber hinaus eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich sein, um den Geflüchteten langfristig eine umfassende Teilhabe an unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Dazu hat der Landtag mit seinem nun mit großer Mehrheit beschlossenen Integrationsplan ein beispielloses und umfassendes Konzept vorgelegt. NRW setzt so als erstes Bundesland ein



S. Hofschlaeger / pixelio.de

wichtiges Zeichen im Rahmen der Integrationsdebatte für ganz Deutschland.

Da Kern einer langfristig gelingenden Integration neben dem Erlernen der Sprache auch der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt sind, sind vor allem in diesen Bereichen umfassende Maßnahmen vorgesehen. So soll der Umfang der verpflichtenden Integrationskurse, in denen neben Sprache auch die Grundwerte unseres Grundgesetzes vermittelt werden, von derzeit 60 Stunden auf 100 Stunden aufgestockt werden. Daneben soll jeder und jede Geflüchtete ein individuelles Bildungsangebot erhalten, um mit einem späteren Bildungs- oder Ausbildungsabschluss besser in den Arbeitsmarkt einsteigen zu können. Hierfür werden insgesamt 400 weitere Lehrerstellen an Berufs- und Weiterbildungskollegs neu geschaffen.

- auf der nächsten Seite geht's weiter -

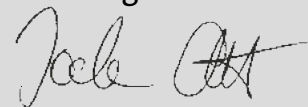
*Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,*

voller Tatendrang sind wir nach der Sommerpause in den Landtag zurückgekehrt – mit großem Erfolg! Denn mit der Verabschiedung des Integrationsplanes ist es uns gelungen, in NRW die entscheidenden Weichen für eine erfolgreiche Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft zu stellen – damit wird aus dem „Wir schaffen das!“ zumindest in NRW auch ein „Wir machen das!“.

Weiterhin konnten wir mit der erfolgreichen Verabschiedung des Nachtrags Haushalts für 2016 u. a. auch den Weg für eine nachhaltige Bildungsreform und eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik ebnen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Für die Abgeordneten




Die Kölner SPD-MdL

Gleichzeitig sollen Geflüchtete mit einem ausländischen Bildungsabschluss mithilfe einer praxisnahen Kompetenzfeststellung die Möglichkeit eines zeitnahen Einstiegs in den Arbeitsmarkt erhalten. Daneben ist eine umfassende Wohnungsbauoffensive vorgesehen sowie der Ausbau der Integrationslotsen- und Anti-Diskriminierungsstellen zur Stärkung der Zivilgesellschaft gegen aufkeimende Fremdenfeindlichkeit.

Damit die im Integrationsplan festgelegten Maßnahmen auch umgesetzt werden können, sind umfangreichere Mittel erforderlich. Deshalb hat der Landtag mit der Verabschiedung eines Nachtragshaushalts für 2016 bereits weitere 25 Millionen Euro für die Umsetzung des Integrationsplanes bereitgestellt. Dies sind z.B. rund 10 Mio. € mehr für den Ausbau der Brückenprojekte für Kinder unter drei Jahren, und 5,9 Mio. € für die Bildungsarbeit der Volkshochschulen. Für das Jahr 2017 werden insgesamt 50 Millionen Euro für die Umsetzung des Integrationsplanes bereitstehen.

Umsetzung der Quartiersentwicklung

Es liegt uns besonders am Herzen überall in NRW die Voraussetzungen für ein lebenswertes Zuhause aller Menschen zu erhalten und zu erschaffen – unabhängig von Alter, sozialem Status und Herkunft. Leider sieht die Realität derzeit in manchen Stadtvierteln und Gemeinden anders aus: in sogenannten sozialen Brennpunkten herrschen Faktoren wie Armut, Arbeitslosigkeit, ein hoher Migrationsanteil, Kriminalität und öffentliche Verwahrlosung vor. Gleichzeitig weisen diese abgehängten Stadtteile häufig den stadtweit höchsten Kinderanteil an der Gesamtbevölkerung auf. Um die Lage vor Ort zu verbessern und so auch den Kindern eine bessere Zukunft ermöglichen zu können, haben wir zum Jahresbeginn eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die gemeinsam mit Betroffenen und Akteuren vor Ort erforderliche Hilfsansätze präzisiert hat, die es nun zeitnah umzusetzen gilt.

Zusätzlich dazu wurde ein „Sonderprogramm soziale Brennpunkte“ entwickelt, das zeitnahe Investitionen in die soziale Infrastruktur vor Ort vorsieht. Ziel des Programms ist die Förderung des Zusammenlebens durch nachhaltige Aufwertung von Treffpunkten in belasteten Wohnquartieren. Da gerade für Kinder und Jugendliche die Gestaltung ihrer Freizeit entscheidend für die Persönlichkeitsentwicklung ist, müssen hierfür die Bedingungen vor Ort dringend in den betroffenen Quartieren verbessert werden. Daher sollen mit der Förderung auch Investitionen in Spiel- und Bolzplätze, Jugendeinrichtungen, Schulhöfe und öffentliche Plätze vorangetrieben werden. Die entsprechenden Mittel werden im Haushalt 2017 und 2018 bereitgestellt; wir wollen so schnell wie möglich damit starten. Da es keine Zeit zu verlieren gilt, wird der Verwaltungsaufwand erheblich reduziert, indem neben den Kommunen selbst auch die Bürgervereine, sozialen Initiativen und Verbände vor Ort direkt mit entsprechenden Konzepten antragsberechtigt sind.

Es ist erfreulich, dass wir mit den Landesmitteln zeitnah in den Quartieren vor Ort helfen können und so zu einer Heimat für alle in allen Veedeln beitragen können.

Kinderrechte und #jungesnrw im Landtag



Wir denken nicht nur am Weltkindertag an die Rechte von Kindern und Jugendlichen, sondern befassen uns in der Landtags-Arbeit immer wieder mit diesem wichtigen Thema. In der aktuellen Plenar-Woche hörten wir zahlreiche ExpertInnen zum rot-grünen Antrag „Rechte von Kindern und Jugendlichen in NRW stärken“. Die Sachverständigen, darunter mit z.B. den Falken, dem Landesjugendring und dem Kinder- und Jugendrat NRW die Jugendlichen selbst, bescheinigten unserem Land zunächst, dass NRW die Kinderrechte „auf dem Schirm“ hat und bereits vieles zur Umsetzung der Kinderechte-Charta der UN passiert ist.

Sie bestärkten uns aber auch darin, die im Antrag erhobenen Forderungen umzusetzen. Zwei Beispiele:

- Das Land soll mit dafür sorgen, Ombudschaften auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Diese „unabhängigen externen Beschwerdestellen“ sorgen dafür, dass „Kindern und ihren Familien die Durchsetzung ihrer Rechte“ ermöglicht wird, sie helfen bei der „Aufklärung über rechtliche Sachlagen, Einzelansprüche und Optionen.“ Das Land NRW fördert die bereits landesweit tätige Stelle seit 2016, der Ausbau in die Kommunen muss der nächste Schritt sein.
- Der Kinder- und Jugendbericht NRW, der jeweils am Ende einer Legislaturperiode vorzulegen ist, soll auch die Umsetzung der Kinderrechte umfassend dokumentieren.

Alle ExpertInnen richteten nochmals die Forderung an den Bund, die Kinderrechte endlich ins Grundgesetz aufzunehmen; diese Forderung teilen wir SozialdemokratInnen schon lange, leider bislang ohne Erfolg.

Der Landesjugendring startete in dieser Woche die Kampagne #jungesnrw – Perspektive für alle, mit der bis zur Landtagswahl 2017 die Anliegen und Forderungen der Jugendlichen in NRW eingebracht und diskutiert werden. Natürlich sind alle Abgeordneten und KandidatInnen aufgerufen, sich die Forderungen zu eigen zu machen und für ihre Umsetzung zu sorgen. Der Landesjugendring hat mit allen Fraktionen eine Wette abgeschlossen, die er nur zu gern verlieren würde....

Weiterlesen: [Mehr dazu, hier klicken](#)

[Ombudschaft NRW](#)

#Freifunk stärken – schau hin, was NRW'ler machen!

Das Land Nordrhein-Westfalen hat sehr früh die hohe Bedeutung des Internets für eine moderne Gesellschaft erkannt und entsprechend zielführende Maßnahmen ergriffen – ein wichtiger Baustein ist dabei die Unterstützung des Freifunks und Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Funker. Dazu zählen sowohl die finanzielle Unterstützung von Freifunk-Initiativen, als auch das Landesprojekt „100xWLAN“ und das vehemente Eintreten gegen die Störerhaftung auf Bundesebene.

Die Fraktionen von SPD und Grünen in Düsseldorf haben am Donnerstag, einen umfassenden Antrag zur Unterstützung der Freifunk-Bewegung in die Plenarsitzung eingebracht. Die SPD-Fraktion kämpft weiterhin dafür, dass Freifunkinitiativen zeitnah als gemeinnützig anerkannt werden. Die Landesregierung soll dazu entweder eine Bundesratsinitiative einleiten oder eine verbindliche Regelung zwischen den Finanzministerien von Bund und Ländern verfolgen.

Das CDU-geführte Bundesfinanzministerium hatte erklärt, eine generelle Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen nicht zu unterstützen – so können Freifunkvereine z.B. derzeit keine Spendenquittungen ausstellen und ihre vielfach ehrenamtliche Leistung nur schwerlich stemmen. „Offenbar weiß Herr Schäuble das große Engagement der Freifunker nicht zu schätzen, die nur mit persönlichem und vielfach finanziellem Einsatz freie WLAN-Netze zur Verfügung stellen, von denen alle Menschen profitieren – gerne geben wir ihm Nachhilfe aus NRW!“ so Lisa Steinmann, Ausschussmitglied für Kultur und Medien.

Weiterlesen:

Drucksache 16/12855

"Viel Lärm um Nichts" - oder die Anträge der Opposition in der aktuellen Plenarsitzung *Eine Glosse*

Wir sind es schon länger gewöhnt, dass es in jeder Plenarphase eine Reihe von unsinnigen und/oder überflüssigen Anträgen gibt. Vielleicht lag es ja an den heißen Nachsommertagen, dass es diesmal eine besondere Häufigkeit gab. Dazu einige Beispiele:

Die CDU fordert eine einheitliche Matrikelnummer für alle Studierenden. Aber: mit der Matrikelnummer geht das aus Datenschutzgründen nicht und eine einheitliche Identifikationsnummer wurde bereits eingeführt. Die FDP fordert Forschungsfreiheit in den Schulen und kennt keine der entsprechenden Bildungsforschungsstudien. CDU/FDP fordern die sofortige Rücknahme eines Erlasses, den sie einfach nicht verstanden haben. Und in der Haushaltsdebatte weisen beide Parteien auf zusätzliche Notwendigkeiten hin, für die wir auf jeden Fall mehr Geld - und das mindestens in dreistelligen Millionensummen - ausgeben müssen. Selbst stellen sie aber dazu keine haushaltswirksamen Anträge und fordern mit Nachdruck die Einhaltung der Schuldenbremse.

Das nur als kleiner Einblick und ohne die realitätsfernen und ideologischen Anträge der Piraten auch nur zu erwähnen. Wie gut, dass wir in Parlament und Regierung solide, sachkundige und dabei zukunftsorientierte Arbeit abliefern.

Jahrgangsstufe 7 der Integrierten Gesamtschule Innenstadt zu Gast im

Zum Schuljahresbeginn nahmen die knapp 110 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 7 der igis am Jugendprogramm des Landtags teil. In einer einstündigen "Einführung in die parlamentarische Arbeit" wird unter anderem die 1. Lesung eines Gesetzentwurfes nachgestellt. Zur Vorbereitung hatten die Schüler, die derzeit die Ältesten an der aufwachsenden Schule sind, bereits die Aufgabe erhalten, im Unterricht Redebeiträge zum (fiktiven) Gesetzentwurf „Wahlrecht ab Geburt“ vorzubereiten. Die Debatte zeigte, dass diese Aufgabe sehr gut erledigt worden war!



Nachdem die „Landtagspräsidentin“ aus den Reihen der SchülerInnen die Sitzung eröffnet hatte, folgte der argumentative Schlagabtausch zwischen den (Schüler-) Fraktionen. Die einbringende Abgeordnetengruppe sprach von der sich verschlechternden Generationengerechtigkeit: „ein Knebelvertrag für die Jugend“. Schnell wurde aber nach den Reden der anderen Fraktionen klar, dass der Antrag nicht mehrheitsfähig sein würde. Zu stark waren die Argumente der Gegner: Manipulierbarkeit der Kinder, echte Mitwirkung ist noch nicht möglich, das Urteilsvermögen reicht noch nicht aus, die Eltern verfügen über die Stimmen ihrer Kinder, was auch gegenüber denjenigen, die keine Kinder haben, ungerecht wäre. Es fand sich also keine Mehrheit für den Antrag.

Auch in unserem anschließenden gemeinsamen Gespräch tauschten wir uns über diese Frage aus. Interessant waren für die jungen Gäste aber vor allem Fragen nach meinem Tagesablauf, meinem Alltag, welche Pflichten ich habe und ob ich zu spät kommen darf.

Das ist natürlich ähnlich wie in der Schule: Zu spät kommen ist nicht gern gesehen, und wenn Abgeordnete krank sind, müssen sie sich genauso entschuldigen wie SchülerInnen.

Antworten gab es auch auf die Fragen, ob es Konflikte zwischen den Abgeordneten gibt, welche Themen ich bearbeite, wie lange Plenartage dauern und ob ich an Weihnachten frei habe. Sehr ernsthaft und engagiert interessierten sich die SchülerInnen für geflüchtete Kinder und Jugendliche, die sie in ihrer Schule und in ihrer Nachbarschaft erleben. Wo wohnen denn die, die ohne Eltern hier sind? Was ist mit denen, die zwangverheiratet sind oder werden? Dazu konnte ich einige Antworten geben, erklärte aber auch, dass wir im Parlament an weiteren Schritten für geflüchtete Kinder und Jugendliche arbeiten. Darüber werde ich die 7. Klassen nun weiter informieren.

Vielen Dank an alle LehrerInnen, die den Besuch vorbereitet und begleitet haben und dafür sorgen, dass Demokratie erlebt werden kann!

Die Architektur des Landtags NRW & des Medienhafens – eine faszinierende Kultur-Tour in die Landeshauptstadt

Auch die zweite Kultur-Tour einer Gruppe kulturinteressierter Frauen aus Köln führte auf Einladung von Lisa Steinmann in die Landeshauptstadt. Als Kölnerin & Mitglied des Ausschusses für Kultur & Medien ist es der Gastgeberin ein besonderes Anliegen, über die Betrachtung von Kunst & Kultur den rheinischen Horizont mit dem Blick in die ‚verbotene Stadt‘ zu erweitern. Nach einem gemeinsamen Besuch der Kunstsammlungen des Landes K21 im Frühjahr sollte nun der Landtag in den Focus rücken.

Das Landtagsgebäude in Düsseldorf ist nicht nur selbst ein architektonisches Kunstwerk. Es beherbergt darüber hinaus auch viele unterschiedliche Werke zahlreicher namhafter Künstlerinnen und Künstler. Darunter Emil Schumacher, Günther Uecker und Otto Piene und weitere namhaften Originalen von Mataré bis Immendorff. Lisa Steinmann führte die Gäste persönlich durch das Hohe Haus unter besonderer Betrachtung der Architektur des Landtagsgebäudes und dem Zusammenspiel von Bauweise und demokratischer Idee. Im Anschluss folgte eine professionelle Führung durch den benachbarten Medienhafen im Sonnenschein.



Beim Rundgang durch Haus und Wandelhalle wurde der vielfältige prominente Kunstbestand offenbar. Der Landtag NRW versteht sich als offenes Haus, als „Haus der Bürger“ - nutzen Sie diese Inspiration und planen Sie Ihren eigenen Besuch – Sie sind uns jederzeit herzlich willkommen und wir vereinbaren auch gerne einen persönlichen Termin.

1000ste Besucherin von Jochen Ott MdL

In der vergangenen Plenarwoche gab es für den Landtagsabgeordneten Jochen Ott Grund zum Feiern: Seine 1000. Besucherin, Frau Frings, war zu Gast im Landtag NRW. Das nahm auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zum Anlass um die Porzerin persönlich in Düsseldorf zu begrüßen.

Frau Frings war Teilnehmerin der 43. Besucherfahrt in die Landeshauptstadt, zu der 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis von Jochen Ott anreisten. Vor Ort gab es nebst Führung mit Einblicken in die Architektur des Landtagsgebäudes auch einen Besuch der Plenarsitzung sowie ein kleiner Imbiss in der Kantine. Außerdem traf die Gruppe ihren direkt gewählten Landtagsabgeordneten zu einer Diskussionsrunde.



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Besucherin Frau Frings und Jochen Ott MdL



43. Besuchergruppe vom 14.09.16

Für Jochen Ott war die Besuchergruppe mit der 1000. Besucherin ein wahres Highlight der Plenartage. Er dankt besonders Marion Tillmann, die die Gruppenfahrten seit Jahren für ihn organisiert und durchführt.

Landespressekonferenz der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am 9. September 2016

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft nahm in der ersten Landespressekonferenz nach der Sommerpause ausführlich Stellung zu den neu auf den Weg gebrachten Projekten „Kein Kind zurücklassen“ sowie „Gute Schule 2020“, mit denen die Förderung unserer Kinder und Jugendlichen entscheidend vorangebracht wird.

Zum Video: [Landespressekonferenz](#)

Terminankündigung von Lisa Steinmann MdL

Dienstag 11. Oktober 2016, 19:30 Uhr
Pfarrsaal St. Pankratius
Alter Militärring 41-43
Köln-Müngersdorf

Der Autor Erik Flügge liest aus seinem Buch "Der Jargon der Betroffenheit: Wie die Kirche an ihrer Sprache verreckt."

Im Anschluss lädt die Landtagsabgeordnete Lisa Steinmann zu einem Streitgespräch mit Pfarrer Franz Meurer & Erik Flügge.

Sie möchte der These nachgehen, ob es einen Zusammenhang zwischen Predigt- und Politikverdrossenheit gibt. Nehmen sowohl Kirche als auch Politik ihre Anhänger nicht mehr mit?
Gibt es eine sprachliche Entfremdung? Ist der Umgang zu moralisierend und belehrend?

Frau Steinmann freut sich sehr, dass Pfarrer Dr. Fey uns in Junkersdorf/Müngersdorf die Türen von St. Pankratius für diese spannende Veranstaltung & sicher auch streitbare Diskussion öffnet!

Moderation: Lisa Steinman

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiterinnen Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de) oder Greta Schroers (greta.schroers@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, Vorsitzende Enquetekommission Zukunft der Familienpolitik in NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de